

„Auf dem richtigen Weg“

Innenminister Herbert Kickl über sein erstes Jahr als Innenminister der Republik Österreich, das für die Sicherheit in Österreich ein „gutes Jahr“ war.

Wenn Sie nach einem Jahr Bilanz ziehen: Wie ist die Sicherheitslage in Österreich?

2018 war für die Polizei und für die Sicherheit im Land ein gutes Jahr. Wir haben mit dem größten Sicherheitsbudget der Zweiten Republik sichergestellt, dass in den nächsten Jahren mehr als 4.000 zusätzliche Polizisten aufgenommen und ausgebildet werden. Die Zahl der Anzeigen geht zurück. Im Kampf gegen die Kriminalität setzen wir auf mehreren Ebenen an, zum Beispiel mit Schwerpunktaktionen und verstärkter internationaler Zusammenarbeit. Die Polizei alleine kann nicht umfassend für Sicherheit sorgen. Deshalb arbeiten wir mit Sicherheitspartnern zusammen, die uns in unserer Arbeit unterstützen.

Das Nein der Bundesregierung zum EU-Migrationspakt hat die Öffentlichkeit Ihnen ans Revers geheftet. Warum war die Ablehnung für Österreich so wichtig?

Ich möchte zwei Dinge festhalten: Österreich ist kein Einwanderungsland und die Frage der Steuerung von Migration ist eine österreichische Angelegenheit und hat auf Basis österreichischer Gesetze zu geschehen. Es ist ja durchaus umstritten, ob der Pakt – wenn Österreich ihm beigetreten wäre – nicht irgendwann doch in unseren Rechtsbestand eingeflossen wäre. Daher haben wir jetzt schon klar gesagt, dass das für uns nicht in Frage kommt und dass wir wesentliche Aspekte dieses Pakts ablehnen.

Sie haben 2018 beim Thema „Flüchtlinge“ Maßnahmen und Akzente gesetzt.

Der Fokus der Tätigkeit des Innenministeriums lag auf einem geordneten Asyl- und Fremdenwesen. Das Asylrecht wurde verschärft und die Zahl der Außerlandesbringung nicht schutzbedürftiger Asylwerber deutlich erhöht. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die einen Asylantrag stellen, und die Zahl der Rückführungen ist immer noch nicht ideal. Die gesamte Entwicklung zeigt aber, dass wir uns auf einem



Herbert Kickl: „Mein Ziel ist es, Schleppern das Handwerk zu legen. Österreich darf als Zielland nicht mehr so attraktiv sein.“

richtigen Weg befinden. Mein Ziel ist es, Schleppern das Handwerk zu legen. Österreich darf als Zielland nicht mehr so attraktiv sein.

Es laufen die Vorbereitungen für eine neue Asylagentur. Den gesetzlichen Rahmen dafür wird es in diesem Jahr geben. Das heißt: Es gibt dann weniger Einfluss für die NGOs in der Bundesbetreuung.

Mit der neuen Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen will ich selber kontrollieren, damit man den Menschen nicht gleich am



Herbert Kickl: „Der politische Islam, aber auch der linke und rechte Radikalismus, hat in Österreich keinen Platz.“

Beginn des Verfahrens falsche Hoffnungen macht. Die Verfahren werden auch schneller gehen, weil dann Verfahren und Betreuung an einem Ort gebündelt sind. Es wird eine realistische Beratung geben, bei der man vielen von Anfang an sagen muss: Du hast keine Chance, hier mit deinen Voraussetzungen einen Platz zu bekommen.

2019 tritt ein generelles Waffenverbot für Asylwerber in Kraft. Warum war das notwendig?

Dass es nun ein generelles Waffenverbot – inklusiver Hieb- und Stichwaffen – gibt, hat mit dem Anstieg von Straftaten zu tun, bei denen Hieb- oder Stichwaffen verwendet wurden, insbesondere bei Delikten im Bereich Leib und Leben. Die Neuregelung beinhaltet der Paragraph 11a des Waffengesetzes. Darin ist ein Waffenverbot für bestimmte Drittstaatsangehörige verankert, darunter Asylwerber und Asylberechtigte. Unter das Verbot fällt auch ein Messer. Wenn also ein Asylberechtigter ein Messer bei sich trägt, begeht er eine Verwaltungsübertretung. Ihm droht eine Geldstrafe, bei Nichteinbringung eine Haftstrafe.

Und Ihren Kampf gegen den politischen Islam setzen Sie im neuen Jahr durch das Verbot von Symbolen für terroristische Gruppierungen fort?

Der politische Islam, aber auch der linke und rechte Radikalismus, hat in Österreich keinen Platz. Deshalb weisen wir das Verbot der Verwendung von extremistischen Symbolen deutlich aus und schließen eine Lücke. Bisher umfasste das Gesetz nur Symbole des IS, der Al-Qaida sowie deren Teil- und Nachfolgeorganisationen. In Zukunft soll das Verbot Symbole folgender weiterer Gruppierungen betreffen: Neben der sunnitisch-islamistischen Muslimbruderschaft sind dies auch Symbole der rechtsextremen türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe, jene der separatistisch-marxistischen PKK, der palästinensischen islamistischen Hamas, jene des militärischen Teils der Hisbollah sowie der kroatischen faschistischen Ustascha-Bewegung.